

EDITORIAL

Editorial zum Schwerpunktthema: Öffnung der Bildungswege

Editorial to the Focus Topic: Opening of Education Pathways

Bereits seit mehr als zweihundert Jahren werden der Aufbau und die Weiterentwicklung des modernen Bildungswesens von dem Postulat begleitet, dass primär Leistung und nicht Herkunft ausschlaggebend sein soll für die Stellung des Menschen in der Gesellschaft. Damit verbunden wird die Auffassung, dass diese Leistung im Lebenslauf zunächst in Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen erbracht werden müsse. In Staaten, die sich als demokratisch und sozial verstehen, wird prinzipiell von allen relevanten politischen Kräften das Ziel verfolgt, über eine entsprechende strukturelle und rechtliche Verfasstheit des Bildungswesens für alle Gesellschaftsmitglieder chancengerechte Zugänge auch zu hohen und höchsten Bildungseinrichtungen und deren Berechtigungssystem zu schaffen. Hierzu zählt auch, Durchlässigkeit zwischen Bildungseinrichtungen und Bildungswegen zu gewähren, um Übergänge – und damit im günstigen Falle auch Aufstiege – im Bildungswesen zu ermöglichen. Die Bemühungen um die Gewährleistung und Erweiterung chancengleicher Zugänge zu Bildung sind kontinuierlich erforderlich und auf Dauer zu stellen; dies ist insbesondere angesichts verbreiteter gesellschaftlicher Tendenzen zur sozialen Abschottung wichtig, die darauf abzielen, einen jeweils erlangten – oder ererbten – Status zu sichern.

Vor dem Hintergrund eines so verstandenen Bestrebens, das Chancengleichheitspostulat zu verwirklichen, lässt sich die Durchlässigkeit zwischen Bildungswegen als charakteristisches Strukturprinzip auch des deutschen Bildungssystems beschreiben. In den letzten Jahren sind bildungspolitische Bemühungen zu beobachten, das theoretisch geltende Prinzip an aktuelle gesellschaftliche wie ökonomische Bedingungen und die Bedürfnisse sich verändernder Lebens- und Berufsbiografien anzupassen. So gibt es u.a. in einigen Bundesländern Bestrebungen, die Durchlässigkeit zwischen Bildungswegen weiter auszubauen und Übergänge – etwa vom Primar- zum Sekundarbereich – besser zu begleiten. Auch der Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Ausweitung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte aus dem Jahr 2009 kann in diesem Kontext erwähnt werden.

An diesen Tendenzen setzen die Beiträge des Themenschwerpunkts an. Claudia Schuchart fokussiert die Öffnung der Bildungswege an einer wichtigen (Gelenk-) Stelle des Bildungssystems: Im Mittelpunkt ihres Beitrags steht der nachträgliche Erwerb von Schulabschlüssen im Sekundarbereich. Ausgehend von empirisch belegten Leistungsdifferenzen zwischen Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Bildungsgänge am Ende der Sekundarstufe I und der gymnasialen Oberstufe hinterfragt Claudia Schuchart kritisch, inwiefern gleichnamige Abschlüsse, die in unterschiedlichen Bildungsgängen erworben wurden, überhaupt vergleichbar sein können. Dazu richtet sie die Aufmerksamkeit auf die Lern- und Leistungsbedingungen in Schularten und Bildungsgängen, die in Nordrhein-Westfalen zu gleichnamigen Abschlüssen führen. Formale Merkmale (z.B. der Stundenumfang), Lehrvoraussetzungen von Lehrkräften und Zusammensetzungen der Schülerschaft unterzieht sie so auf der Basis von Daten aus der amtlichen Statistik einem systematischen Vergleich. Ihre Ergebnisse zeigen, dass die Bildungsgänge, die zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife führen, ähnliche formale Merkmale aufweisen und dass in allen Merkmalen deutliche Differenzen zu Schularten bestehen, die zur Fachhochschulreife führen. Bei Bildungsgängen, die zum mittleren Schulabschluss führen, finden sich formale Differenzen vor allem zwischen allgemein bildenden und berufsbildenden Bildungsgängen. Die Durchlässigkeit von Bildungswegen in der Sekundarstufe – so das Resümee der Autorin – müsse deshalb kritisch betrachtet werden.

Steffen Schindler analysiert im Längsschnitt den Übergang vom Sekundar- zum Hochschulbereich vor allem auf der Basis von HIS-Studienberechtigten-Befragungen. Er beleuchtet, inwiefern der generelle Trend eines Anstiegs der Studierendenzahlen auch mit einem Abbau sozialer Disparitäten in den Studierquoten einhergegangen ist. Konkret geht es um die Frage, ob die seit den 1970er-Jahren wahrnehmbaren Öffnungsprozesse im Sekundarschulbereich zu einer Verringerung der sozialen Selektion beim Zugang zur Hochschulbildung und bei der Aufnahme eines Hochschulstudiums geführt haben oder ob es zu einer Perpetuierung von Ungleichheiten gekommen ist. Im Ergebnis zeigt er, dass sich im Untersuchungszeitraum zwar ein Abbau sozialer Selektivität beim Erwerb von Berechtigungen zum Hochschulstudium erkennen lässt. Der seit den 1980er-Jahren insgesamt feststellbare Rückgang der Studierquoten falle aber umso stärker aus, je niedriger das formale Bildungsniveau der Eltern der Studienberechtigten sei. Diese wieder steigende Disparität beim Hochschulbesuch verstärke die Tendenz zu sozialer Ungleichheit, zumal angenommen werden könne, dass hohe Einkommenschancen, relativer Schutz vor Arbeitslosigkeit und eine insgesamt günstige Lebensperspektive in einem engen Zusammenhang mit dem Niveau des jeweils erreichten (Berufs-)Bildungsabschlusses stehen.

Gunther Dahm, Caroline Kamm, Christian Kerst, Alexander Otto und Andrä Wolter schließlich betrachten den Hochschulbereich – und zwar unter der Perspektive der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung und des

Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber ohne Hochschulzugangsberechtigung, der sich derzeit im Umbruch befindet. Die Öffnung der Hochschule für diese als „nicht-traditionell“ bezeichneten Studierenden beleuchten sie, indem sie auf bildungs- und arbeitsmarktpolitische Hintergründe (u.a. Chancengleichheit, Fachkräftemangel), bildungspolitische Maßnahmen (z.B. zur Unterstützung der Studienorganisation) und hochschulrechtliche Entwicklungen (z.B. den KMK-Beschluss zur Öffnung des Hochschulzugangs von 2009) eingehen. Unter Rekurs auf die Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamtes analysieren sie, in welchem Umfang die Zielgruppe die bestehenden Möglichkeiten nutzt und ob die Anzahl der nicht-traditionellen Studienanfänger und -anfängerinnen in den vergangenen Jahren gestiegen ist. Im Ergebnis konstatieren sie hier – gemessen am niedrigen Ausgangsniveau – einen deutlichen Anstieg von Zahl und Anteil dieser Studierendengruppe. Ihre Befunde weisen zudem darauf hin, dass sich diese Gruppe deutlich häufiger für Hochschulen in privater Trägerschaft, Fachhochschulen und Fernstudiengänge sowie ausbildungs- bzw. berufsaffine Studiengänge bzw. Studiengänge aus den Wirtschaft- und Sozialwissenschaften entscheidet als die Gruppe der traditionellen Studierenden. Aufgrund ihrer wachsenden hochschulpolitischen Bedeutung werden die nicht-traditionellen Studierenden – so die Einschätzung der Autorin und der Autoren – in Zukunft eine wichtige Rolle in der empirischen Hochschul- und Weiterbildungsforschung spielen.

Kathrin Dederling/Hans-Werner Fuchs